








www.SPD-SB-Burbach.de

Die Generalversammlung des SPD-Ortsvereins Saarbrücken-Burbach stellt gemäß ihrem Beschluss vom 27.04.2022 in der nächsten SPD-Landesdelegiertenkonferenz folgenden Antrag:

Das Ministerium für Bildung und Kultur wird gebeten,

-  eine Taskforce zur Förderung des Bereiches „Deutsch als Zweit- und Fremdsprache“ einzurichten,
-  ein systematisches und strukturiertes Sprachförderungskonzept hierfür zu erarbeiten
-  zusätzliche Lehrkräfte einzustellen, die entsprechenden Qualifikationen besitzen,
-  ein ähnliches System wie die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang“ (DSH) an den deutschen Universitäten in den saarländischen Schulen aufzubauen.
-  als Schwerpunkt vor allem die Schriftsprache zu fördern, da alle Aufgaben sowohl in der Schule als auch später in der Ausbildung oder im Studium schriftlich zu erledigen sind.

Begründung:

Nach der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 wurden viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund in den saarländischen Schulen ohne Deutschkenntnisse eingeschult.

Das war ein Fehler und führt zu negativen Folgen sowohl für die Schulen als auch für die Schüler*innen.

Erstens könnten die Schüler*innen nicht die Sprache nach den Stufen des „Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen“ (GER) erwerben.

Zweitens wurden sie nicht systematisch von DaZ-DaF-Lehrkräften gefördert, sondern wegen des Mangels an entsprechend ausgebildeten Lehrkräften von Lehrer * innen, die nicht ausreichend mit dem Deutsch als Zweit- und Fremdsprache-Bereich vertraut waren.

In der Folge dieses Missstandes, hatten die Schüler*innen erhebliche Defizite beim Spracherwerb. Dementsprechend konnten sie nicht die schriftlichen Aufgaben in den Schulfächern (Literatur, Politik, Kunst, Physik u.a.) erfolgreich erledigen.

Oft mussten daher Schüler*innen Schuljahre zwei bis drei Mal wiederholen, wo durch sie selbst physisch und psychisch durch diese Situation sehr zu leiden hatten.

Die Schulen mussten sie oft auf andere Schulen schicken; die Schüler*innen, die das Schulalter überschritten hatten, mussten sogar zwingend entlassen werden.

Daher benötigen die Schüler*innen mit Migrationshintergrund nicht nur einerseits mehr Sprachförderung, sondern andererseits auch ein strukturiertes und systematisches Sprachförderkonzept für die jeweiligen Schulformen.

Der Aufbau eines ähnlichen Systems wie bei der DSH an den deutschen Universitäten würde garantieren, dass die Schüler*innen zuerst ein anerkanntes Sprachzertifikat und die entsprechenden schriftlichen Kompetenzen in der deutschen Sprache erwerben können. Hierdurch würden zweifelslos ihre Chancen, später erfolgreich ihr Abitur, ihre Ausbildung, u.a. abzuschließen, wesentlich erhöht werden.

Da der Spracherwerb ein langer und intensiver Prozess ist, sollten die Schulen im Saarland mit den entsprechenden qualifizierten DaZ-Lehrkräften ausgestattet werden, die den Spracherwerbprozess begleiten, da letztendlich die Sprachförderung in den Schulen erfolgen sollte und nicht in von der Schule getrennten Sprachinstitutionen, da hier der Spracherwerb sich lediglich auf die mündliche Kommunikation und nicht auf die schriftliche Kompetenz konzentriert.

Diese nachhaltigen Maßnahmen zur Sprachförderung würden den betroffenen Schüler*innen nicht nur bessere Bildungschancen, sondern auch einen besseren Zugang zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Ein besseres und tiefgründiges Verständnis der deutschen Sprache sowie die Kenntnisse kultureller Gepflogenheiten sind der Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft.

Die Fehler der Vergangenheit dürften nicht mit den ukrainischen Kindern und Jugendlichen wiederholt werden. Angesichts der dortigen dramatischen Situation werden sie eventuell mehrere Jahre im deutschen Schulsystem und später an den deutschen Unis oder in Ausbildung verbringen. Ihre Integration darf nicht an der Sprache scheitern.